

## Die DGSP unterstützt die Initiative »Gemeinsam Hand in Hand gegen Rechtsextremismus, Hass und Hetze«

Schon in den letzten Wochen haben sich hunderttausende Menschen zu einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis zusammengeschlossen, um gegen die Pläne der Faschisten und ihrer Helfershelfer zu demonstrieren und die Demokratie zu schützen. So haben allein in Berlin am 21. Januar mindestens 350.000 Menschen unter dem Motto »Demokratie verteidigen – Zusammen gegen Rechts« für eine vielfältige, tolerante und offene Gesellschaft demonstriert.

Die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (DGSP) sieht sich als Teil des zivilgesellschaftlichen Protests und ruft alle Menschen zur Teilnahme an den Demonstrationen auf. Der Vorstand der DGSP schließt sich auf seiner Sitzung am 2. und 3. Februar dem Appell der Initiative »Gemeinsam Hand in Hand gegen Rechtsextremismus, Hass und Hetze« an:

*Rechtsextremismus und rechte Stimmen wurden in den letzten Monaten immer präsenter. Parteien wie die AfD setzen alles daran, Hass und Hetze in der Mitte der Gesellschaft zu platzieren und menschenverachtendes Gedankengut salonfähig zu machen. Rechtsextreme planen mit Werteunion-Politiker:innen die Deportation von Millionen von Menschen. Es ist unsere demokratische Pflicht, laut zu werden und uns klar gegen diese menschenverachtenden Pläne zu stellen.*

### Haltung zeigen!

Wir als DGSP rufen gleichzeitig die unterschiedlichen psychiatrischen Fachverbände auf, sich eingedenk ihrer historischen Verantwortung an den Aktionen zu beteiligen. Jetzt müssen wir zeigen, dass wir bereit sind, für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu kämpfen. Machen wir klar, dass für Nazis und ihren Helfershelfern in Deutschland kein Platz ist.

*In Deutschland entwickelt sich die politische Landschaft alarmierend: Rechte und rechtsextreme Ansichten bekommen öffentlichen Rückhalt. Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nehmen zu. Menschen werden etwa auf-grund von Armut, Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit oder auch Beeinträchtigungen herabgesetzt und sozial ausgegrenzt. Gleichzeitig werden zwingende Aufgaben wie Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zu lästigen Zumutungen abgewertet. Respektlosigkeit, Anfeindungen und das Leugnen von Fakten versuchen die gesellschaftliche Stimmung massiv zu beeinflussen. Die Abgrenzung gegenüber Verächtern der Demokratie wie der AfD schwindet bei vielen. Für Menschenrechte einzustehen, wird in Frage gestellt. Geflüchtete werden massiv entrechtet, sie und Menschen, die sie unterstützen, werden zunehmend kriminalisiert. Unser gesellschaftliches Zusammenleben, Vielfalt und Fairness, unsere Demokratie ist in Gefahr.*

*Doch wir sind entschlossen, laut und aktiv zu werden: Für eine offene, demokratische, plurale und solidarische Gesellschaft, gemeinsam gegen den Rechtsruck in Deutschland und Europa! Schweigen ist keine Option! Wir müssen sichtbar und hörbar werden. Die Zeit zu handeln ist jetzt, denn bei den Kommunal-, Landtags- und Europawahlen in 2024 geht es um viel!*

***Jetzt sind wir ALLE gefragt:***

***Für Solidarität und Respekt, gegen Hass und Hetze***

***Für Gerechtigkeit und Toleranz, gegen Spaltung***

***Für eine Gesellschaft, die niemanden zurücklässt, für Menschenwürde, gegen Ausgrenzung***

***Für Selbstbestimmung und Humanität, Menschenrechte für Alle, gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit***

Hannover, 3. Februar 2024

Der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (DGSP)